

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 16. Dezember
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Alara Zettin (Jundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Weihnachten. — Die Arbeiterinnen in den Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung. Von a. br. — Die „Toleranz“ eines Predigeramtskandidaten. Eine Klauderei von Louise Fieh. — Aus der Bewegung. — Feuilletou: Das Geschenk. Die Geschichte eines Weihnachtsabends. Von Otto Krille.

Notizenteil: Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabrikinspektoren — Frauenstimmrecht.

Einladung zum Abonnement.

Mit dieser Nummer schließt der 13. Jahrgang der „Gleichheit“.

Wie in den vergangenen Jahren so wird die „Gleichheit“ auch fernerhin mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit.

Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zugunsten des weiblichen Geschlechtes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zugunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Die proletarischen Frauen zum Klassenkampf zu rufen und für den Klassenkampf zu schulen, das wird wie bisher so in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Ihrem alten Programm getreu wird sie auch im kommenden Jahre werben für den Streit, wo „ein Hüben und Drüben nur gilt.“ Die Frau muß so gut wie der Mann an ihm teilnehmen. Wenngleich sie eine politisch Rechtlose ist, so ist sie doch keine Machtlose. Aufgeklärt, geschult, kann sie wirksam für die Interessen des Proletariats und die Interessen des weiblichen Geschlechtes eintreten. Die Proletarierin muß diese ihre Macht nützen. Gerade das neue Jahr fordert dazu heraus. Es bringt die Entscheidung über die Handelsverträge, das heißt über den Preis des Brotes, der wichtigsten Lebensbedürfnisse und über die Gestaltung der Arbeitsgelegenheit. Es bringt die Entscheidung über die endliche weitere gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen, von anderem zu schweigen. Die „Gleichheit“ wird sich angelegen sein lassen, die proletarischen Frauen für den Kampf auf der ganzen Linie zu rüsten. Wir hoffen, daß sich das Blatt die alten Sympathien erhalten und neue Sympathien erwerben wird.

Redaktion und Verlag werden alles ausbieten, was in ihren Kräften steht, damit die „Gleichheit“ ihrer Aufgabe gerecht wird. Probe- und Agitationsnummern der „Gleichheit“ werden jederzeit gratis abgegeben. Necht zahlreichen neuen Abonnements steht entgegen

Die Redaktion und der Verlag.

Weihnachten.

Das Fest der Liebe, so nennen sie Weihnachten; das Fest der göttlichen Liebe, die gnadenreich erlösend vom Himmel zur Erde niedergestiegen ist; das Fest der brüderlichen Liebe, die gebend und empfangend wenigstens vorübergehend mildern soll, was den Menschen vom Menschen trennt, was ihn mit äußerer und innerer Not belastet. Wie wenig entsprechen die Erscheinungen des Lebens um uns den herrlichen Verheißungen, welche die Benennung in sich schließt.

Fast zweitausend Jahre sind über den Erdball gegangen, seitdem das Evangelium der erlösenden göttlichen Liebe gepredigt wird. Längst — wie lange schon! — nicht mehr von armen, verfolgten Fischern und Handwerkern, sondern von der triumphierenden christlichen Kirche und von dem machtvollen christlichen Staat. Noch immer aber harret die verkündete Heilssbotschaft ihrer Erfüllung. Die Gewaltigen sind nicht vom Stuhle gestoßen, die Niedrigen nicht erhöht worden. Die Hungrigen wurden nicht mit Gütern gefüllt, die Reichen gingen nicht leer aus. Der Friede ist nicht zur Erde niedergestiegen und den Menschen ward nicht ein Wohlgefallen beschert. Hoffärtig, machtsark wie je thront die Gewalt, als Recht maskiert, in der Herrschaft, setzt sie knechtend und ausbeutend ihren Fuß auf den Nacken der Kleinen, der Enterbten. Mit nimmermattener Raffgier häuft der Reichtum märchenhafte Schätze, welche der Hunger, die Pein der Armen ihm schafft. Von der Last der Rüstungen zu Lande und zu Wasser fast erdrückt stehen die christlichen Staaten bis an die Zähne bewaffnet da, bereit, im Kampfe „um einen Platz an der Sonne“ übereinander herzufallen, bis zur Vernichtung einander zu bekriegen. In unverföhlichem Gegensatz prallen die Interessen der ausgebeuteten Proletarier und ausbeutenden Kapitalisten zusammen, das Recht des lebendigen Menschen ringt gegen die Macht des toten Besitzes.

Der christliche Staat mit seinen vielgestaltigen riesigen Kräften hat in den gesellschaftlichen Verhältnissen die Weihnachtsbotschaft von der erlösenden göttlichen Liebe nicht aus dem Worte zur Tat verkörpert. Umgekehrt: er hat sich als ein gewaltiger Machtapparat gegen die Erlösung der darbenenden Massen erwiesen, die nicht bloß nach Brot, nein auch nach Gerechtigkeit, Bildung, Freiheit hungern. Als reißiger Söldling der Ausbeutenden und Herrschenden kehrt er sich mit List und Gewalt gegen das sehnfüchtige Verlangen der Habenichtse nach Wohlgefallen und Frieden. Die christliche Kirche aber — ganz gleich ob ihr Dogma von Geschorenen oder Gescheitelten gepredigt wird — ist schon längst aus einer Sachwalterin der Armen und Schwachen zu einer Schleppenträgerin der Reichen und Mächtigen geworden. Sie redet den Niedrigen nicht von Erhöhung, sondern von Demut und Unterwerfung. Sie fordert für sie nicht ihr Teil an den materiellen Gütern, der Kultur unserer Zeit, sie vertröstet sie auf die herablassende Mildbütigkeit der Satten und Überfüttigten, sie schändet sie durch die Gewöhnung an Almosenbitten und Almosenempfangen. Die verberbenschwere Ausbeutung und Knechtung des Menschen durch den Menschen heiligt sie wie den grenelreichen Krieg von Volk zu Volk als göttliches Recht.

Und kann in dieser Welt klassender Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten eine allumfassende brüderliche Liebe, welche beglückend selbst beglückt ist, eine Heimstätte finden, ein Weisefest feiern? Wahre brüderliche Liebe

ist nur möglich zwischen Gleichberechtigten, zwischen Freien, sie kann ihr Band nicht schlingen um den Herrn, der gnädig, leutselig nach unten schaut, und um den Knecht, der demütig und furchtsam emporblickt. So schreitet auch zu Weihnachten die Liebestat selten über den Kreis der Gleichgestellten hinaus. In dem glänzenden Salon ist nur zu oft die konventionelle Lüge, die berechnende Heuchelei ihre korrumpierende Begleiterin; in der Hofwohnung, dem Dachstübchen geht ihr gewöhnlich die Not, die Sorge zur Seite und schließt die Hand, die gern und reichlich schenken möchte. Wo aber die Liebestat aus dem behaglichen, geschmückten Haus des Reichtums in die Hütte der Armut tritt, da wird ihr meist erst recht durch Nebenabsichten und Nebenstände der köstliche Duft echter Brüderlichkeit geraubt, da ist sie häufig nichts mehr als eine niedrige Spekulation, ein kaltes Almosen, ein billiges Schweigegeßel für die mahnende Stimme des Gewissens.

Nur als Symbol der Sehnsucht und Hoffnung, nicht als Zeichen der Erfüllung vermögen die vielen Millionen Proletarierinnen das Fest der Liebe, das Weihnachtsfest zu feiern. Wie sollten sie von Erlösung, von Wohlgefallen frohlocken? An Leib und Seele tragen sie die Wunden, welche die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft den Armen schlägt. Sie sind schmerz-durchwühlte Zeugen, wie Gatte, Vater, Bruder in harter Fron sich verzehrt, wie die zarten Kleinen unter dem Giftodem des Kapitalismus welken, sterben, an Körper und Geist verkümmern. Sonderterlei Tatsachen ihres Daseins — von dem knapp geschnittenen oder mangelnden Brot bis zur unbezähmbaren bohrenden Sehnsucht nach der freien Entfaltung der Kräfte — bringen ihnen die Unfreiheit, die Qualen zum Bewußtsein, die in der kapitalistischen Ordnung ihre und der Ihrigen Erbteil sind.

Und läßt nicht gerade der Weihnachtstrubel und Weihnachtjubel die Proletarierinnen lebendig empfinden, daß kein Heiland vom Himmel stieg, das traurige Los der Mühseligen und Beladenen zu wenden! Hinter den Scheiben der Läden lockt in überquellender Fülle und bunter Pracht was jung und alt ergötzt, wessen jung und alt bedarf. Mit wie wenig von den aufgespeicherten Schätzen könnte die Arbeiterfrau, die Arbeiterin das heiße Drängen des Herzens befriedigen und im bescheidenen Heim, im Kreise der Verwandten und Freunde helle Freude verbreiten, die dankbar aus glückseligen Kinderaugen glänzte, die stumm und berebt im Händedruck der Erwachsenen sich äußerte. Die Proletarierin muß mit den Beweisen ihrer Liebe unter dem Weihnachtsbaum kargen, muß es als glücklichen Zufall preisen, wenn sie überhaupt ein Tännchen mit Lichtern schmücken und etwas schenken kann. Und doch war sie es, waren es die ihrigen, welche die zahllosen Herrlichkeiten schufen, die in Läden und Verkaufsständen winken. Den Armen die Weihnachtsarbeit und den Weihnachts-schmerz, den Reichen die Weihnachtsfreude, also will es die kapitalistische Ordnung, welche vom christlichen Staat beschränkt, von der christlichen Kirche gesegnet wird!

Das Bethlehem der Proletarierinnen liegt nicht rückwärts in grauer Vergangenheit, es grüßt sie aus dämmernder Zukunft. Es heißt Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals. Nicht als himmlische Gnadengabe wird ihnen die Erlösung von der „Tyrannei der Not und der Not der Tyrannei“ zufallen, sie reißt langsam am Baume der geschichtlichen Entwicklung als Frucht der zielklaren Arbeit, des zielklaren Kampfes des Proletariats. Die Befreiung der Arbeit kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, so mahnen die Weihnachtsglocken alle, die zur Welt der Ausgebeuteten und Beherrschten gehören. Als sein eigener Messias muß das Proletariat aus Nacht zum Licht emporsteigen. Schon hat es die Sonnenwende seiner Geschichte überschritten. Aus entsagungsvoller Unterwerfung und dumpfer Hoffnungslosigkeit ist es zum Bewußtsein seiner Leiden, aber auch zur Erkenntnis von den Bedingungen seiner Befreiung erwacht. Ein dornengekrönter Dulder und ein schwertgezügelter Held zugleich schreitet es vorwärts, aufwärts. Sein Kampf öffnet weit das Tor, durch welches die weltumspannende Brüderlichkeit für alles schreitet, was Menschenantlig trägt. Als Fest der Sehnsucht nach endlich erlöstem, edelstem Menschentum muß deshalb die Proletarierin das Weihnachtsfest durch das Gelöbniß heiligen, treu die Schlachten des proletarischen

Klassenkampfes schlagen zu helfen. Über den Heerscharen, die ihr Erlösung künden, glänzt nicht Bethlehems Stern und Kreuz, flattert trotzig das rote Banner.

Die Arbeiterinnen in den Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung.

Im Reichstag wurde bei der Beratung des Stats am 23. und 31. Januar 1902 der Wunsch ausgesprochen, eine Übersicht über die Verhältnisse in den Betrieben des Reiches zu erhalten. In der Folge gingen dem Parlament Ende Februar Übersichten zu über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Reichsmarineverwaltung und der vier Heeresverwaltungen. Dieselben bilden ein sehr umfangreiches Werk von 327 Seiten großen Formats, ein Werk, das auch manches über die Lage der Arbeiterinnen enthält. Wir geben nachstehend die wichtigsten Tatsachen davon wieder.

A. Marineverwaltung.

Als Durchschnittslohn der Arbeiterinnen werden 2,19 Mark angegeben, während der Verdienst der männlichen Arbeiter sich zwischen 3,03 Mark und 4,87 Mark im Durchschnitt bewegt. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter erhalten einen durchschnittlichen Lohn von 1,20 Mark. Die Zahl der Arbeiterinnen scheint sehr zu schwanken. So betrug wenigstens die Mitgliederzahl in der Betriebsstranzenklasse der Marinestation der Ostsee am 1. Januar 1900 87 Arbeiterinnen, am 1. Februar 99, am 1. Juli 104, im Durchschnitt des Jahres 99. Bei der Marinestation der Nordsee schwankte die Zahl der Arbeiterinnen zwischen 73 und 92 und betrug im Durchschnitt 80. Auf der Danziger Werft wurden Arbeiterinnen überhaupt nicht beschäftigt. Die Erkrankungsfälle der Arbeiterinnen waren auf der Marinestation der Ostsee erheblich geringer, auf derjenigen der Nordsee jedoch bedeutend größer, wie die der männlichen Arbeiter. Die Krankheits-tage für einen Erkrankungsfall waren für die Arbeiterinnen auf beiden Marinestationen beträchtlich größer, bei der Marinestation der Nordsee sogar mehr als doppelt so groß als bei den männlichen Arbeitern.

B. Preussische Heeresverwaltung.

Bei den technischen Instituten der Infanterie, die ein Mädchenheim besitzen, erhält die Vorsteherin desselben 1200 Mark, die Wirtschaftlerin 648 Mark neben freier Wohnung und Verpflegung im Mädchenheim. Die Löhne der eigentlichen Arbeiterinnen — bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit — bewegen sich bei den Stücklöhnerinnen zwischen 2,30 Mark und 2,80 Mark. Sie betragen im Durchschnitt 2,70 Mark bei den Aufseherinnen, während die eigentlichen Arbeiterinnen 1,80 Mark bis 2,30 Mark, im Durchschnitt 2,26 Mark pro Tag verdienen. Die Zeitlohnarbeiterinnen haben in der einen Kategorie 1,80 Mark bis 2 Mark, im Durchschnitt 1,96 Mark; ihre schlechter bezahlte Kategorie verdient 1,50 Mark bis 2 Mark, im Durchschnitt 1,91 Mark pro Tag. Der Tageslohn beträgt bei den Aufseherinnen 2,30 Mark bis 2,50 Mark, im Durchschnitt 2,43 Mark. In den technischen Instituten der Artillerie ist für die weiblichen Stückarbeiter als Lohnsatz nach der Lohnordnung 1,80 Mark bis 2,30 Mark verzeichnet, tatsächlich wurden aber 2,49 Mark im Durchschnitt verdient. Bei den Zeitlohnarbeiterinnen finden wir Telephonistinnen mit 1,80 Mark durchschnittlichem Verdienst pro Tag. Das ist jedenfalls für diese nervenzerrüttende Tätigkeit auffallend wenig, auch im Vergleich mit den übrigen Löhnen in den betreffenden Instituten. Die Aufseherinnen verdienen im Durchschnitt 2,19 Mark bzw. 2,45 Mark; 13 Arbeiterinnen im Durchschnitt 2,34 Mark; 73: 1,52 Mark; 9: 2 Mark. In den Artilleriedepots und Filialartilleriedepots waren 1742 Arbeiterinnen tätig. Die Lohnordnung bestimmte für sie einen Verdienst zwischen 1,20 Mark und 2,50 Mark, der Durchschnitt ihrer Löhne aber betrug bloß 1,49 Mark. 6 Arbeiterinnen in den Traindepots verdienen im Durchschnitt 1,58 Mark. In den technischen Instituten der Infanterie erhielten 63 Arbeiterinnen 1,50 Mark bis 1,99 Mark; 35: 2 Mark bis 2,49 Mark; 2: 2,50 Mark bis 2,99 Mark. Die technischen Institute der Artillerie zahlten an Lohn 24 Arbeiterinnen 1,50 Mark bis 1,99 Mark; 76: 2 Mark bis 2,49 Mark. In den Artilleriedepots verdienten sämtliche Arbeiterinnen 1 Mark bis 1,49 Mark, in den Traindepots betrug der Verdienst aller Arbeiterinnen von 1,50 Mark bis 1,99 Mark. Von den 303 Arbeiterinnen in den technischen Instituten der Artillerie arbeiteten 295 bis acht Stunden und 8 acht bis neun Stunden. In den Artilleriedepots hatten 183 Arbeiterinnen die achtstündige Arbeitszeit, 249 eine acht- bis neunstündige und 1810 schafften neun bis zehn Stunden täglich. Für die 6 Arbeiterinnen der Traindepots betrug der Arbeitstag neun bis zehn Stunden. Im allgemeinen scheint in den Instituten der preussischen Heeresverwaltung für die Arbeiterinnen ein ständiges Ar-

beitsverhältnis vorzuliegen, da die Tabellen, welche den höchsten und den durchschnittlichen Stand der Arbeiterzahl nachweisen, nicht erheblich voneinander abweichen. Ausnahmen fanden sich nur beim Feuerwerkslaboratorium in Siegburg, wo 91 Arbeiterinnen der höchste, 77 der durchschnittliche Stand der Arbeiterinnenzahl war, dann in den Artilleriedepots, wo 2752 Arbeiterinnen als höchste, 1742 als niedrigste Zahl der beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte angegeben sind. Die höchste Zahl der in den Instituten der preussischen Heeresverwaltung beschäftigten Arbeiterinnen betrug insgesamt 5719, die Durchschnittszahl 4633. Von den Arbeiterinnen waren 3978 weniger als 10 Jahre, 721: 10 bis 20 Jahre, 103: 20 bis 30 Jahre, 18: 30 bis 40 Jahre im Dienste der Heeresverwaltung tätig. Bevorzugt werden bei der Einstellung Witwen oder Töchter verstorbenen oder früherer Arbeiter dieser Betriebe. Nur bei Arbeitsverrichtungen, welche besondere Feinsichtigkeit und Fingergewandtheit erfordern und Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit ausschließen, werden weibliche Arbeitskräfte verwendet. Arbeiterinnen, welche ihrer Niederkunft entgegenzusehen, werden angemessene Zeit vorher beurlaubt. An Sonnabenden und Tagen vor Festen tritt für alle Arbeiter, nicht bloß für die weiblichen, eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zu zwei Stunden ein. Die Zeitlohnarbeiter erhalten ihren vollen Lohn ausbezahlt. Die Ankleideräume sind für die Geschlechter getrennt. Das gleiche gilt für die Latrinen.

Über die Löhne, nicht wie sie tatsächlich gezahlt, sondern wie sie angefordert werden, finden sich in dem Werke eine Reihe von Tabellen. Es sind da zwei Gruppen zu unterscheiden: höhere Sätze werden bezahlt in Spandau, Straßburg, Deuz, Siegburg, Erfurt, niedrigere in Danzig und Hanau. Auf die Lohnfestsetzung ist auch die Beschäftigungsdauer der Arbeiterinnen von Einfluß. So wird zum Beispiel im dritten Jahre 10 Pfennig mehr gezahlt wie im ersten und zweiten, nach dem vierten Jahre wieder um 10 Pfennig mehr wie im dritten Jahre. Eine weitere Steigerung ist nicht vorgesehen. Im ersten Jahre wird vielfach nur 1,30 Mark Lohn bezahlt, in Berlin und Spandau 1,80 Mark. Es finden sich aber auch vereinzelt Anfangstagslöhne der Frauen von 1,20 Mark.

Zu den Arbeiterausschüssen haben die Arbeiterinnen, welche das 21. Jahr zurückgelegt haben, das aktive Wahlrecht, das passive ist ihnen vorenthalten.

In den technischen Instituten der Infanterie sind im ganzen 2120 Arbeiterinnen beschäftigt, darunter allein 2100 in der Spandauer Munitionsfabrik, während die übrigen 20 sich auf die drei Gewehrfabriken verteilen. Von den 11 technischen Instituten der Artillerie beschäftigen bloß drei Arbeiterinnen, und zwar das Feuerwerkslaboratorium in Spandau 150, das in Siegburg 40 und die Spandauer Pulverfabrik 8. Dagegen verwenden von den 62 Artilleriedepots bloß 6 keine Frauen, insgesamt sind in ihnen 1475 Arbeiterinnen tätig. In dem Artilleriedepot von Spandau werden 100, in dem von Straßburg i. G. 117 Arbeiterinnen beschäftigt, in allen übrigen Artilleriedepots ist die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte eine geringere. Die 17 Traindepots verwenden keine Arbeiterinnen.

C. Bayerische Heeresverwaltung.

In der bayerischen Heeresverwaltung scheint die Zahl der Arbeiterinnen in starkem Rückgang begriffen zu sein. Wenigstens zählten die Krankenkassen der bayerischen Heeresverwaltung im Jahre 1898 696 weibliche Mitglieder, 1899 464 und 1900 437. Allerdings ist dabei nicht festgestellt, wie weit diese weiblichen Kassenmitglieder auch tatsächlich in den Betrieben der Heeresverwaltung tätig waren. Der Nachweis über die Löhne ergibt für Revisionsgehilfen in dem Hauptlaboratorium einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 2,04 Mark bei Zeitlohn und 2,49 Mark bei Stücklohn, für Arbeiterinnen daselbst 1,44 Mark im Tagelohn, 1,95 Mark im Stücklohn. Die Arbeiterinnen in der Pulverfabrik verdienen im Tagelohn 1,72 Mark, die Arbeiterinnen in Artilleriedepots 1,65 Mark und die Vorarbeiterinnen daselbst 2,15 Mark im Tagelohn. Von je 100 der gesamten Arbeiterschaft hatten 50 im Hauptlaboratorium 1 Mark bis 1,49 Mark Verdienst; 40: 1,50 Mark bis 1,99 Mark und 10: 2 Mark bis 2,49 Mark. Alle Arbeiterinnen in den technischen Instituten der Artillerie standen in der Lohnklasse von 1,50 Mark bis 1,99 Mark, daselbst galt für 92 Prozent der Arbeiterinnen in den Artilleriedepots, während 8 Prozent 2 Mark bis 2,49 Mark verdienten. In den technischen Instituten waren 432 Arbeiterinnen, in den Artilleriedepots 14 beschäftigt. Der höchste Stand der verwendeten Arbeiterinnen im Hauptlaboratorium war 447 in der Zeit vom 1. September 1900 bis Ende August 1901. Ihre durchschnittliche Zahl betrug in jener Zeit 416. In der Pulverfabrik waren während des ganzen Jahres 7 Arbeiterinnen beschäftigt, dagegen am 1. September 1901 nur noch 2. In den Artilleriedepots stellte sich die Höchstzahl der beschäftigten Arbeiterinnen auf 28, die Durchschnittszahl auf 26. Von den Arbeiterinnen waren 172 weniger

als 10 Jahre, 252: 10 bis 20 Jahre, 6: 20 bis 30 Jahre, 3: 30 bis 40 Jahre, 4: 40 bis 50 Jahre und 3 über 50 Jahre im Dienste der bayerischen Heeresverwaltung tätig.

D. Sächsische Heeresverwaltung.

Die Aufseherinnen der Munitionsfabrik Dresden erhalten einen Tagelohn von 2,14 Mark, die Arbeiterinnen von 1,59 Mark bis 2,01 Mark. Der erstere Satz bezieht sich auf die durchschnittlichen Zeitlöhne, der zweite auf die durchschnittlichen Stücklöhne. In den technischen Instituten der Artillerie herrscht lediglich Zeitlohn. Die Aufseherinnen erhalten 2,50 Mark, die Arbeiterinnen erster Klasse 2,09 Mark, die zweiter Klasse 1,14 Mark. In der Artilleriedepotdirektion verdienen die Aufseherinnen 2,19 Mark, die Arbeiterinnen 1,40 Mark im Tage. Der Verdienst in den technischen Instituten der Infanterie stellt sich für 94 Prozent der Arbeiterinnen auf 1,50 Mark bis 1,99 Mark, für 6 Prozent auf 2 Mark bis 2,49 Mark täglich. In den technischen Instituten der Artillerie verdienten 16 Prozent der weiblichen Arbeitskräfte 1 Mark bis 1,49 Mark, 79 Prozent 1,50 Mark bis 1,99 Mark, 4 Prozent 2 Mark bis 2,49 Mark und 1 Prozent 2,50 Mark bis 2,99 Mark. Der Tagesverdienst in den Artilleriedepots betrug für 68 Prozent der Arbeiterinnen 1 Mark bis 1,49 Mark; für 25 Prozent 1,50 Mark bis 1,99 Mark; für 5 Prozent 2 Mark bis 2,49 Mark und für 2 Prozent 3 Mark bis 3,49 Mark.

E. Württembergische Heeresverwaltung.

Von den Arbeiterinnen, welche in den württembergischen Garnisonverwaltungen beschäftigt wurden, verdienten 22 $\frac{1}{2}$ Prozent 1 Mark bis 1,49 Mark; 38 $\frac{1}{2}$ Prozent 1,50 Mark bis 1,99 Mark und ebenso viele 2 Mark bis 2,49 Mark. In der Lazarettverwaltung hatten je 10 $\frac{1}{2}$ Prozent der weiblichen Arbeiter 50 bis 99 Pfennig und 1 Mark bis 1,49 Mark Tagesverdienst. Etwas über 32 Prozent von ihnen erhielten 1,50 Mark bis 1,99 Mark und fast 46 $\frac{1}{2}$ Prozent 2 Mark bis 2,49 Mark. Der Tagesverdienst war im Remontedepot für alle Arbeiterinnen 1 Mark bis 1,49 Mark; im Artilleriedepot für je die Hälfte 1 Mark bis 1,49 Mark und 1,50 Mark bis 1,99 Mark. Am 31. März 1901 war in der Magazinverwaltung nur eine Arbeiterin beschäftigt, doch hatte die Höchstzahl der Arbeiterinnen im vergangenen Jahre 16 betragen. Bei den Garnisonverwaltungen waren am 31. März 18 Arbeiterinnen tätig, der Höchststand der weiblichen Arbeiter im vorangegangenen Jahre war mit 72 bezeichnet, der durchschnittliche Stand mit 41. Die Lazarettverwaltungen hatten stets 25 Arbeiterinnen, das Remontedepot eine Arbeiterin beschäftigt. Die höchste Anzahl der beschäftigten Arbeiterinnen im Artilleriedepot hatte 138 betragen, der Durchschnittsstand 125 und am Schlusse des Jahres waren nur 94 Arbeiterinnen daselbst tätig.

Im vorstehenden ist im wesentlichen alles mitgeteilt, was sich aus der eingangs erwähnten Denkschrift zur Aufhellung der Einkommens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in den Betrieben der Marine- und der Heeresverwaltung anführen läßt. Die Einkommensverhältnisse eines starken Bruchteils der Arbeiterinnen sind etwas günstiger als im Durchschnitt der Privatbetriebe. Dies erklärt sich vornehmlich aus dem Umstand, daß die Beschäftigten, zu der diese Arbeiterinnen herangezogen werden — so in Pulverfabriken und Artilleriedepots — zu den gefährlichsten gehören. Aber abgesehen von der großen Berufsgefahr erklärt auch das Interesse der Heeresverwaltungen an einem festen Stamme von Arbeiterinnen, daß die Lohnsätze verhältnismäßig günstiger sind, als wie sie der Privatbetrieb in der Regel gestaltet.

a. hr.

Die „Toleranz“ eines Predigeramtskandidaten.

Eine Pflaundersel von Louise Birk.

Das Dampfrohr der Sekundärbahn des Müßengrundes wollte sich just in Bewegung setzen, als in atemloser Hast ein junger Mann in schwarzem Anzug und glänzendem Zylinder angestürzt kam und noch rechtzeitig ein Abteil für Nichtraucher erwischte. In Schweiß gebadet, aber sichtlich befriedigt, daß „er's noch erreicht hatte“, machte der junge Mann es sich in einer Ecke bequem. Die in dem Abteil befindlichen Frauen, meist Geschäftsfrauen, unterhielten sich über alles mögliche, unter anderem auch über das Ziel ihrer Fahrt. Die eine erklärte bis Sankt Jakob zu fahren, die andere bis Sankt Michel, die dritte nach einem anderen „Santl“.

Schon beim Studium meines Kurzbuches waren mir die vielen Orte mit dem „Santl“ vor ihrem Namen aufgefallen. Durch die Unterhaltung der Frauen ward ich wieder daran erinnert und konnte mir nicht versagen, zu fragen, woher es komme, daß mitten in einem protestantischen Lande diese Erscheinung anzutreffen sei.

In einer katholischen Gegend, so fügte ich bei, seien Ortsnamen mit dem vorausgehenden „Sankt“ keine Seltenheit, aber hier sei meines Wissens keine katholische Bevölkerung vorhanden.

Die Frauen sahen sich gegenseitig ratlos an und wußten mir keine Auskunft zu geben, desto besser verstand dies der in Schwarz gekleidete junge Mann. Er erklärte uns, daß diese Namen aus der Zeit vor der Reformation herrührten und suchte uns das im einzelnen ungefähr in einer Art auseinanderzusetzen, wie man Kindern etwas plausibel macht. Das veranlaßte die mitfahrenden Frauen zu der Bemerkung: Der Herr sei wohl Lehrer, da er alles so „scheene auslegen“ könne. „Nein, nicht Lehrer, sondern Predigeramtskandidat von Sankt Nikolaus“ (wenn ich mich recht erinnere), lautete die Auskunft: „Nein, Gott sei Dank! In unsere Gegend setzt kein katholischer Pope seinen Fuß, unser ganzes Sachsenvolk ist gut protestantisch“, fügte der Herr dann mit dem Ausdruck innerster Befriedigung hinzu. „Aber Ihr König ist doch katholisch“, warf ich ein. „Ja leider!“, war die mit einem tiefen Seufzer begleitete Antwort. Und dann sprudelte es nur so in Zorn und Entrüstung aus dem Munde des Kandidaten, daß August der Starke seine Religion geändert habe, und was das Verwerflichste gewesen, um König von Polen zu werden, also um materieller Vorteile willen. Einmal in Zug gekommen, kritisierte nun der Herr Kandidat scharf die verschiedenen Gebräuche der katholischen Kirche und vor allem den für einen denkenden Menschen unerträglichen Gewissenszwang. Um die letztere Kritik zu vervollständigen, führte auch ich einige Beispiele krassen Gewissenszwangs von seiten der katholischen Geistlichkeit an. Ob es die Beispiele waren oder die Art, wie ich sie vorgetragen, weiß ich nicht, kurz meine Äußerungen schienen dem Herrn nicht recht zu behagen. Er suchte vom Thema abzulenken und bemerkte ganz unvermittelt, mit dem sächsischen Königshaus würde es nicht eher anders werden, als bis einer der Könige sich ermanne und erkläre: ich lehre zu dem protestantischen Glauben, dem Glauben meiner Vorfahren zurück. „Am August den Starken war es nicht schade, daß er zum Katholizismus übertrat“, setzte der Kandidat hinzu, „der hat es nie ernst mit seinem Protestantismus genommen, aber tieftraurig ist, daß das sächsische Königshaus sich noch heute zur katholischen Kirche bekennt.“

„Daß das Königshaus wieder protestantisch wird, darauf werden Sie wohl noch recht lange warten können“, bemerkte ich. „Der sächsische König hat doch erst kürzlich eine Million nach Rom gesandt.“

August den Starken zu kritisieren, das hatte sich der Herr schon erlaubt, das war gefahrlos; gegen den regierenden König zu „nörgeln“, auch wenn er katholisch ist, das durfte dagegen ein Predigeramtskandidat unter keinen Umständen wagen. So senkte unser Kandidat denn auch gleich ein und meinte: „Ja, unser König meint es eben ernst mit seiner Religion. Und eine ehrliche Überzeugung, selbst wenn wir sie für falsch halten, muß man unbedingt achten.“

Das Geschenk.

Die Geschichte eines Weihnachtsabends. Von Otto Krille.

Christine Breuer wartete auf ihren Mann. Sie horchte auf jeden Schritt, der auf dem Flur erschalle, in träumerisch sehnsüchtiger Erwartung. Nicht daß sie ihm etwas Freudiges, Unerhörtes zu sagen gehabt hätte. Nur mit ihm plaudern wollte sie, bis die Müdigkeit kam.

Es war ja Weihnachtsabend. Die Stube war nicht geschmückt. Kein Lichterbaum, kein Fichtenduft. Für wen auch? Kinder hatten sie nicht, und beide waren über die Kinderfreunden hinaus. Gleichwohl war Christine festlich gestimmt und wartete auf ihren Mann, als ob er ihr ein Geschenk bringen würde.

Als er kam, war er wortfarger und müder als sonst. Schweigsam verzehrte er das Abendbrot, schweigsam setzte er sich auf das ärmliche Sofa. Seine Augen blickten unruhig in der Stube umher.

„Was hast du da in dem Packer?“

„Kuchen. . . Für die Kinder drüben. . . Sie holen mir immer ein . . .“

„So.“

„. . . Wenn wir auch . . . Kinder hätten . . .!“

Wehe, verhaltene Zärtlichkeit lag in ihren Worten.

Mit eigentümlich fragenden Blicken sah Breuer seiner Frau ins Gesicht. Draußen kroch die Dämmerung über die schneebedeckten Dächer und lagerte sich vor den Fenstern. Die Konturen der Häuser verschwammen in schwärzlichem Nebel.

So eine Abenddämmerung ist wie ein unsichtbarer Feind. Man ahnt und fühlt ihn überall, aber er läßt sich nicht fassen.

„Zünde die Lampe an!“

„Sicher, das ist auch vollkommen meine Meinung“, erklärte ich. „Zudem muß man dem Katholizismus für eins dankbar sein“, klang es aus dem geistlichen Munde weiter, „in den Gegenden, wo er seinen Sitz hat, kommt die Sozialdemokratie nicht hoch!“

„So, ist das Ihre Meinung?“

„Ja sicher, sehen Sie doch nur nach dem Rheinland.“

„Sie halten also unter Umständen den Glaubenszwang für gut, für berechtigt?“ fragte ich. „Nach Ihrer Logik ist mithin ein schlechtes, verwerfliches Mittel, das Sie sonst auf das schärfste verurteilen, zu billigen, wenn es einem Zwecke dient, der Ihrer Meinung nach gut ist. Ei, da sind Sie ja ein Jesuit!“

Meine Schlußfolgerung erschien dem Herrn denn doch zu hart. Er habe nicht gesagt, man müsse dem Katholizismus für diesen Erfolg dankbar sein, erklärte er mir, er habe nur gemeint, man könne dazu versucht sein.

Ich erwiderte ihm, daß er vorher diesen feinen Unterschied nicht gemacht, sondern ganz positiv die Verpflichtung zum Danke ausgesprochen habe. Zudem könne ich meinerseits nicht fassen, wie man auch nur versucht sein könne, jemand weniger streng zu beurteilen oder ihm gar zu danken, wenn er etwas getan, was mir gerade einmal angenehm sei, was mich aber sonst auf das tiefste empöre. Eine solche Moral sei mindestens recht merkwürdig.

„Ja, ich bin eben kein Sozialdemokrat“, bemerkte der Herr ganz unvermittelt. „Ich bin es deshalb nicht, weil die Sozialdemokratie nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ändern will, sondern weil sie auch die Religion bekämpft.“

An der Hand unseres Programms wies ich dem Herrn Kandidaten nach, daß seine letztere Behauptung eine Unwahrheit enthalte, die Sozialdemokratie bekämpfe nicht die Religion. „Aber selbst wenn die Sozialdemokraten so böse Menschen wären und den Gläubigen die Religion nehmen wollten“, setzte ich hinzu, „wäre es denn möglich, daß sie dieses ihr Ziel erreichten? Wenn Sie das glauben, so scheinen Sie mir das religiöse Empfinden der Menschen weit tiefer einzuschätzen, als die Sozialdemokraten es tun. Die Religion ist doch nicht ein Etwas, das man an den Hut oder Rock steckt, so daß jeder Abgeliebte es uns entwenden kann. Ich denke, der Glaube, das religiöse Empfinden ist Herzenssache, ist innere Überzeugung, und die kann mir niemand rauben, es sei denn, er brächte mir eine andere Überzeugung bei. Dann ist es aber mein eigener Wille, mein Verstand, der die innere Umwälzung vollbracht hat. Was die Sozialdemokratie bekämpft, ist der Mißbrauch, der von so vielen Geistlichen mit der Religion getrieben wird. Und es ist Mißbrauch, den Arbeitern, ihren Frauen und Kindern vorzureden, es sei die größte Sünde wider Gott, wenn sie die Arbeiterzeitung lesen, wenn sie sich organisieren, um für sich und die Ährigen ein besseres Stück Brot, etwas mehr Zeit für das

„Willst du lesen? Ich . . . ich habe es heute so lieber. 's ist ja Weihnachten. . .“

Weihnachten! Das klingt wie ein Kinderlied, das niemand ganz vergessen kann. Wenn im Ofen das Feuer prasselt und der Schnee die Nächte erhellte, und sei es in der Großstadt nur auf den Dächern, da beginnt es zu klingen leise, ganz leise.

Und es klang auch in den beiden einsamen Menschen; denn einsam waren sie trotz der Ehe. Das fühlte Gustav Breuer am Weihnachtsabend.

Sie waren nebeneinander hergegangen die langen Jahre hindurch, ohne sich ganz zu kennen. Und immer gearbeitet, immer gearbeitet! Die kurzen Abende und den Sonntag verlebte man zusammen wie zwei gute Bekannte, aber was drinnen im Herzen flackerte, tief im Grunde der Seele, das hatte man nie beachtet, und wenn sich leise Stimmen regten und sich zu einer wehmütigen Melodie vereinigten, da polterte der Tag drein, und in dem gewaltigen Chor der Maschinen verstummten alle Herzenstöne. So war es Breuer lieb gewesen. Er haßte die weichen Regungen. Aber heute kämpfte er vergebens dagegen. Die Stille ringsum und die Dämmerung griffen ihm gleichsam mit weichen zärtlichen Händen ans Herz. Etwas fehlte diesem Leben voller Arbeitstage. Niemals hatte er dieses unbekannte Etwas mehr vermist als an dem Tage der Kinderfreude.

Christine hatte den Tisch geordnet. Jetzt blieb sie vor ihrem Manne stehen und blickte ihn an mit bittenden Augen. Er fühlte es gleichsam trotz dem Schleier der Dunkelheit.

„Gustav! Wollen wir nicht auch noch einen Baum kaufen, einen ganz kleinen, und ein paar Lichter drauf?“

„Ach!“ Er preßte es mühsam heraus.

„Ich . . . ich . . . halte es so nicht aus.“

Familienleben, für die Selbstbildung, für ein menschenwürdiges Dasein überhaupt zu erringen. Es ist schöner Mißbrauch der Religion, es für sündhaft zu erklären, daß die Arbeiter sozialdemokratisch wählen, um durch die Gesetzgebung mehr Rechte, mehr Schutz, mehr Bildung zu erringen und die Lasten zur Erhaltung des Staates gerechter verteilt zu sehen. Solche Bestrebungen haben mit der Religion absolut nichts zu tun. Die Sozialdemokraten fordern die Erklärung der Religion zur Privatsache. Sie wollen also niemand seine Religion streitig machen, sich aber auch von niemandem in ihre eigenen religiösen Anschauungen, in ihr Seelenleben dreinreden lassen. Sie verwerfen den auch von Ihnen vorhin so scharf kritisierten, scheußlichen Gewissenszwang."

"Bebel hat aber im Reichstag erklärt, die Religion müsse bekämpft werden", beharrte der Predigeramtskandidat.

"Als Sie den Namen Bebel nannten", bemerkte ich, "glaubte ich, Sie wollten daran erinnern, daß Bebel im Reichstag einmal den Heineschen Vers zitierte: Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Späzen."

"Ja, das kann auch ein gläubiger Christ nicht sagen", triumphtierte mein Gegenpart.

"Bebel ist auch kein gläubiger Christ", war meine ruhige Erwiderung. "Er ist Atheist und hat niemals ein Hehl daraus gemacht, aber auch von keinem gläubigen Christen verlangt, daß er ebenfalls Atheist werden müsse. Da es Bebel mit seinen Anschauungen sehr ernst nimmt, werden Sie ihm doch wohl zubilligen, was Sie vorhin für den sächsischen König gefordert haben: daß man ihn wegen seiner ehrlichen Überzeugung achten müsse."

"O nein!" protestierte lebhaft unser angehender Prediger, "jeden mit derartigen Anschauungen betrachte ich als meinen Feind, den ich zu bekämpfen habe."

"Er, da sind Sie ja weit intoleranter als Christus, der seinen Jüngern einen Heiden als Vorbild aufstellte, und ihnen empfahl, 'gehete hin und tuet desgleichen', weil der Heide ein guter Mensch war"

"Wurde da aber unser Reisegefährte aufgeregt! "Wo, wo steht das?" rief er, "ich habe zufällig das neue Testament bei mir."

"Ich bin kein Predigeramtskandidat", erwiderte ich und habe die einzelnen Kapitel der verschiedenen Evangelien nicht im Gedächtnis. Ich denke aber, die angeführten Worte sind im Gleichnis von dem barmherzigen Samariter zu lesen."

"Sankt Jakob!" rief der Schaffner. Ich mußte aussteigen, ebenso mehrere der Frauen, die mit offenem Munde zugehört hatten. Ich empfahl mich dem Herrn Predigeramtskandidaten, indem ich ihm sagte, es sei etwas Schönes um die Lehre des Nazareners: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Das Wort atme förmlich Toleranz."

Also auch sie. Aber ihre natürliche Einfachheit stieg nicht in die Tiefen der unbefriedigten Seele. Sie blieb am Symbol haften.

Der Weihnachtsbaum würde die Unruhe des Herzens beschwichtigen. Das war ihr Glaube.

Fast zaghaft ergriff Breuer die Hand seiner Frau.

"Mußt du denn durchaus einen Baum haben?"

Er zog sie nieder aufs Sofa.

Sie antwortete nicht. Jetzt, da sie seine Hand fühlte und seine Nähe auf sie einwirkte, erschien ihr der Wunsch fast kindisch. Und wie eine Erkenntnis kam es über sie.

Nach der Liebe verlangte sie, die dem Weihnachtsfest die Weihe gibt. Die Liebe, die wie der Lichttag, dessen Verjüngung man feiert, sich immer wieder erhebt, immer wieder erneut zu gleicher Stärke, zu gleicher Herzensersfüllung.

Wie ein Geschenk empfing Christine den Arm, der sich jetzt um ihre Hüfte legte. Es war lange her, als er es das letzte Mal tat.

Eng aneinander geschmiegt saßen die beiden Eheleute und schauten mit weit geöffneten sinnenden Augen in die Nacht, die nun hereingebrochen war. In beiden stieg das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der gegenseitigen Unentbehrlichkeit mächtig empor. Damit auch zugleich jener Friede des Herzens, der uns den Kampf des Lebens tragen läßt, der Friede mit uns selbst, mit unserer Liebe und unserem Haß.

Stumm tauschen sie Zwiesprache und Gelöbnis. Und während in den Nachbarhäusern die Kerzen aufflammen, empfangen sie voneinander das Weihnachtsgeschenk, — die Erweckung und Erneuerung einstiger reicher und lebensstarker Liebe.

Ich wünsche, daß vom Geiste dieser Lehre für ihn und seinesgleichen gelten möge: Gehet hin und tuet desgleichen!

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Auf Veranlassung des Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverbandes fanden im Gau 16, Rheinland und Westfalen, in folgenden Orten öffentliche Versammlungen statt: Aachen, Köln, Kalk, Kuppersteg, Mülheim, Rippes, Ehrenfeld, Elberfeld, Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen, Essen, Soest, Dortmund, Gevelsberg, Hagen und Bielefeld. Genossin Kähler behandelte die Themata: "Der Arbeiterklasse Kampf um das Dasein"; "Wer verschuldet das Glend der Massen?" Die Versammlungen erfreuten sich durchweg eines guten Besuchs. Das ist um so mehr anzuerkennen, wenn man bedenkt, daß gerade im laufenden Jahre betreffs des Versammlungsbefuchs große Ansprüche an die Arbeiterklasse gestellt werden mußten. Die entfaltete Agitation brachte dem Verbands zirta 160 Mitglieder und drei neugegründete Zahlstellen. Wer da weiß, wie ungemein schwierig die Situation in Rheinland und Westfalen für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung ist, wie langsam sie in diesen Hochburgen der kapitalistischen Ausbeutung vorwärts schreitet, der wird jeden neueroberten Fuß Boden schätzen. Die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte sind aber sehr bedeutende. Trotz stark entwickelter, scharfmacherischer Unternehmerverbände, trotz Dunkelmännerherrschaft! Nach dem Bericht der Agitationskommission für Rheinland-Westfalen sind dort 852 Ortsgruppen der freien Gewerkschaften vorhanden, ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Aufklärung der Massen rüstig vorwärts schreitet. Möchten die neu für die Gewerkschaftsorganisation gewonnenen Mitglieder voller Mut und Ausdauer den Kampf für mehr Brot und besseres Brot erfolgreich führen.

W. K.

Öffentliche Frauenversammlungen tagten Mitte November in Halle a. S. und in Schleuditz. Genossin Kähler sprach über das Thema: "Der Arbeiterfrauen Kampf um Brot und Recht." Die Ausführungen der Referentin über die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der weiblichen Arbeiter, sowie ihre Kritik des winzigen Arbeiterinnenschutzes und der noch winzigeren Arbeiterinnenrechte fanden bei den Anwesenden ungeteilte Zustimmung. Dieselben versprachen durch Annahme einer Resolution, treu und unentwegt in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die Bestrebungen der Männer des werktätigen Volkes zu unterstützen.

W. K.

In Hamburg fand am 3. Dezember eine Frauenversammlung statt, in der die Vertrauenspersonen der Genossinnen Bericht erstatteten und Abrechnung ablegten. Ihre Einnahmen betragen insgesamt 1138,59 Mark, die Ausgaben stellten sich auf 579,85 Mark. Etwa 1200 politisch organisierte weibliche Mitglieder zählen die sozialdemokratischen Vereine Hamburgs. 600 Abonnenten der "Gleichheit" bekommen diese durch die Genossinnen zugestellt. Den ausführlichen Jahresbericht veröffentlicht wir demnächst. Als zweiter Punkt stand "Der Kampf der Crimmitzauer Weber und Weberinnen" auf der Tagesordnung. Genossin Zieg als Referentin wies zunächst die sozialpolitische Bedeutung des Kampfes nach, um dann diesen selbst in seinen einzelnen Phasen zu schildern. Sie forderte zur energischen Unterstützung der heldenmütigen Kämpfer auf und machte unter Hinweis auf die Leiden des Winters für die Armen und das bevorstehende Weihnachtsfest, das Fest der Liebe, im Namen der drei Vertrauenspersonen den Anwesenden den Vorschlag, in allen Stadtteilen Annahmestellen für Kleidungsstücke, Fußzeug, Spielsachen und solche Nahrungsmittel, die das Aufbewahren und Verschicken vertragen, zu errichten, um so Weihnachtsgaben für die Crimmitzauer zu sammeln. Einstimmig wurde dieser Vorschlag zum Beschluß erhoben. Es meldeten sich sofort eine Reihe von Genossinnen, die sich bereit erklärten, die Gaben in Empfang nehmen zu wollen. Genosse Zabel vom Birtzverein versicherte, daß sämtliche Mitglieder dieser Organisation ebenfalls bereit seien, in ihren Lokalen Sammelstellen zu errichten. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands und nicht zuletzt Hamburgs wird Sorge tragen, daß die braven Crimmitzauer Kämpfer am "Fest der Liebe" nicht zu darben brauchen, wie dies die Textilbarone in "christlicher Nächstenliebe" feynlichst wünschen. Im Gegenteile soll den Tapsen ein Weihnachtsfest bereitet werden, wie sie es noch nie gefeiert haben. Die Teller Sammlung für die Ausgesperrten ergab 23,50 Mark, denen noch 30 Mark aus der Kasse beigelegt wurden.

L. Z.

Bericht über den Sozialdemokratischen Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend für die Landtagswahl 1903. Sogleich nach Bekanntgabe des Termins für die preussischen Landtagswahlen erfolgte am 24. September 1903 die Gründung der Organi-

sation. In der kurzen Zeit von zwei Monaten, die dem Verein zu existieren vergönnt war, sind ihm gegen vierhundert Frauen als Mitglieder beigetreten und haben damit ihr Stückchen politisches Recht ausgenutzt. Das Interesse für den preußischen Landtag und die Wahl seiner Abgeordneten war nicht so rege wie die Aufmerksamkeit, welche die proletarischen Massen dem Reichstag zuwenden, es mußte erst geweckt werden. Das wurde angestrebt in den sechs Versammlungen, die der Verein veranstaltete, und von denen einige sehr gut, meist von Frauen besucht waren. Die Referenten, die Genossinnen Zetkin, Zepfer und Altmann, und die Genossen Ledebour, Grünwald und Manasse behandelten in vorzüglicher Weise die einschlägigen Fragen und gaben ihren Ausführungen und Forderungen durch wichtiges Zahlenmaterial verstärkte Beweisskraft. Vielen Frauen ist durch die Agitation des Wahlvereins klar geworden, wie kulturwidrig Preußens Gesetzgebung ist hinsichtlich der vereinsrechtlichen Bestimmungen, der Schule, Krankenpflege usw. Der ausgestreute Samen wird sicher aufgehen und Früchte tragen. Auch durch den Landtagswahlkampf hat die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die für wirkliche Gerechtigkeit eintritt, neue Anhänger gewonnen. Das während der zwei Monate ausgenutzte large politische Recht wird mancher Frau die Augen geöffnet haben über die schreiende Rechtlosigkeit, welche das Gesetz über sie verhängt. Aber auch für das weibliche Geschlecht wird die Zeit sich erfüllen, in der es frei und gleichberechtigt in der Gesellschaft steht. Eine unerlässliche Vorbedingung dafür ist, daß es sein Recht sich selbst in unablässiger Aufklärungsarbeit erringt. Die Auflösung des Frauenwahlvereins erfolgte dem Gesetz gemäß mit Beendigung der Wahl. Die Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben hat folgende Summen ergeben:

Einnahmen:

Es wurden verkauft 1042 Marken à 20 Pfennig 208,40 Mark
Tellerfammlungen 48,90 "

Summa 257,30 Mark

Ausgaben:

Für Mitgliedskarten 9,00 Mark
" Handzettel und Plakate 56,50 "
" Annoncen 103,20 "
" Papier, Porto, Diverse 10,79 "

Summa 179,49 Mark

Der Überschuß von 77,81 Mark wurde der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für den Agitationsfonds überwiesen. Die Kasse wurde von den Unterzeichneten revidiert und ebenso wie die Belege usw. in Ordnung befunden.

Marie Klotzsch, Katharina Sehring.

Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Der weisheitsreiche § 8 des preußischen Vereinsgesetzes ist wieder einmal gegen Proletarierinnen mobilisiert worden, welche sich des schrecklichen Verbrechens schuldig machen wollten, den preußischen Staat durch Walzer und Polka „umzustürzen“. Am 17. August 1902 wollten die Gewerkschaften Lauenburgs ein Fest abhalten, verbunden mit Konzert und Tanz. Der Polizeiverwalter verbot es, weil er aus der vorgesehenen Tanzbelustigung schlussfolgerte, „daß sich Frauen an dieser Versammlung beteiligen würden.“ Die beim Landrat zu St. Georgenberg und beim Regierungspräsidenten zu Schleswig eingelegten Beschwerden gegen die geschwidrige Entscheidung blieben erfolglos. Kürzlich wurde nun auch die Klage beim Oberverwaltungsgericht als unbegründet abgewiesen. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück, die eindringend den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht predigt.

Notizenteil.

Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau.

Crimmitschau im Belagerungszustand, das ist das Wichtigste, das Unerhörte vom Schlachtfeld des Zehnstundentags. Die Koalitionsfreiheit der Ausgesperrten besteht formal weiter. In Wirklichkeit hat sie ein Federstrich der Behörden gemeuchelt. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen sind untersagt, die Tanzmusiken verboten, das Gendarmereiaufgebot wurde wesentlich verstärkt. Die Maßregeln gelten nicht nur für die Stadt Crimmitschau, vielmehr für den ganzen Amtsbezirk mit Ausnahme weniger Orte. Ihr Zweck ist offensichtlich, zu Nutz und Frommen der Textilbarone den musterhaften Zusammenhalt zu sprengen, den die Ausgesperrten trotz der langen Dauer des Kampfes und seiner wachsenden Härten bewahrt haben. Keine öffentlichen Versammlungen mehr, auf daß die zum Kampfe Gezwungenen nicht länger mehr gemeinsam zu raten vermögen und aus der Ge-

meinsamkeit ihrer Ueberzeugung neue Kraft für neue Entbehrungen schöpfen! Die Kontrollversammlungen verboten, damit die moralische Zucht der Kampfgenossen untereinander gelockert werde, damit der Schwankende im Schutze des Nicht-bemerkt-werdens leichter als Verräter davon schleichen könne! Um das geschlossene Heer in zusammenhangslose Einzelne aufzulösen, dürfen bei Auszahlung der Unterstützung nicht einmal mehr als sechs Personen gleichzeitig im Lokal anwesend sein. Ein kurzes Plakat, das die Ausgesperrten zum Aushalten aufforderte, durfte nicht angeschlagen werden, die Polizei entfernte es aus den Wirtschaften. Die behördlichen Maßregeln tragen das Brandmal schreiendster Ungerechtigkeit, sie sind außerdem ungeschicklich. Zweimal wurde eine Deputation älterer Arbeiter bei dem Minister des Innern um das unzweifelhafte Recht der Arbeiter vorstellig. Weidemale hat ihre Fahrt nur die Erfahrung über das Wesen des Klassenstaates bereichert. Was die erste Deputation von simplen Geheimräten erfuhr, das hörte die zweite aus dem Munde des Ministers: Die Ausgesperrten sollten den Instanzenweg beschreiten, das heißt von Pontius zu Pilatus laufen. Die Behörden haben Volksaufläufe und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung als Gründe für ihr Vorgehen an die Wand gemalt. In Wirklichkeit finden größere Ansammlungen nur dort statt, wo Gendarmen — „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten“ — Arbeitswillige fürsorglich geleiten.

Trotz der Argusaugen, mit denen die Behörden Vergehen gegen § 153 entdecken, trotz der strengsten Ahndung, die sie ihnen angedeihen lassen: konnten sie kein höheres Strafmaß als sieben Wochen Gefängnis über „Streifkinder“ verhängen, der beste Beweis für die bewunderungswürdige Ruhe und Ordnung der Ausgesperrten. Eine weitere Einschränkung der Rechte der Arbeitenden ist angedroht und eingeleitet. Das Gewerkschaftshaus erhielt das Gebot, früh von 5 bis 6 Uhr, mittags von 1/2-12 bis 1/2-2 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr die Fenster geschlossen zu halten, weder in der Vorflur noch auf dem Trottoir des Gebäudes dürfen sich Gruppen von Personen aufhalten. Die Entziehung der Schankkonzession wie die Verlegung des Bureaus der Kampfesleitung ist bereits in Aussicht genommen. Vorwand dafür: Arbeitswillige von drei Fabriken der Nachbarschaft sollen sich durch Gesang und Zurufe belästigt und beleidigt gefühlt haben. Der wirtschaftliche Kampf der Lohnsklaven und Sklavinnen des Textilkapitals ist in aller Form auch zu einem politischen Ringen des Proletariats gegen die Ausbeuterklasse und ihren Staat geworden. Wie die Behörden so leisten einzelne „gutgesinnte Bürger“ dem Schornsteinadel Hand- und Spanndienste. Geistliche, Lehrer, Armenpfleger suchen vor allem die gewöhnliche Rückständigkeit der Frauen auszunutzen. Sie vergessen, daß die kapitalistische Ausbeutung die Proletarierinnen zu aufklärten Kämpferinnen erzieht. Mit der Fähigkeit der Verzweiflung lassen die Crimmitschauer Fabrikanten die Herbergen aller sächsischen Industriezentren nach Arbeitswilligen abfuchen, sie bemühen sich solche aus Rheinland, Bayern, Pommern, Böhmen herbeizulocken. Polnische Landarbeiter werden auf den Gütern angeworben, entlassene Sträflinge auf die Arbeitslosigkeit aufmerksam gemacht. Gering ist die Ausbeute der Bemühungen, noch geringer die Zahl der wirklich tüchtigen, verwendbaren Arbeitskräfte, die meist unter falschen Vorspiegelungen nach Crimmitschau gezogen werden. Gar mancher Arbeitswillige lehrte der Stadt den Rücken, sobald er den wahren Sachverhalt erfuhr und den Hungerlöhnen ins Antlitz schaute. Die Unterbringung der Arbeitswilligen macht Schwierigkeiten, niemand will sie bei sich aufnehmen, der und jener Fabrikant mußte schon die „Kaufpreiher“ in seiner Villa einquartieren. Was diese Vorgänge tünden: daß die Unternehmer sich in schwerster Bedrängnis befinden: das bestätigt ein Schriftstück des Vorsitzenden des Fabrikantenvereins zu Verdau. In den beweglichsten Tönen bittet er um tatkräftige materielle Hilfe für die Crimmitschauer Schlotjunker, die prozig und profitwütend den Kampf heraufbeschworen haben. Die statutengemäße Unterstützung von fünf Prozent der Lohnsumme, welche der Verband der sächsischen Textilindustriellen ihnen zahlt, ist schon durch freiwillige Beiträge seiner Mitglieder auf zehn Prozent erhöht worden. Und doch erweisen die ausgezahlten Beträge sich als ganz unzureichend, den Schaden der Fabrikanten wettzumachen. Zu dem Ausfall an Gewinn gesellen sich fortlaufende Produktionskosten für Behälter usw., und vor allem die sehr großen Ausgaben für die Weiterführung der Betriebe mit ganz wenigen, obendrein meist ungebildeten, untüchtigen Arbeitskräften. Offen wird das zugegeben. So haben sich die Aussichten für die Kämpfenden bedeutend verbessert.

Im Januar beginnt die neue Saison. Sie darf nicht verloren gehen, soll die Crimmitschauer Textilindustrie nicht einen tödlichen Schlag erhalten. Gelingt es den Ausgesperrten, sich bis dahin über Wasser zu halten, so müssen die stolzen Textilgewaltigen sich zur Verständigung bequemen. Die Solidarität des gesamten deutschen Proletariats muß dafür sorgen, daß die großartige heldenmütige Ausdauer

der tapferen Männer und Frauen nicht durch den Hunger um die Frucht des Kampfes gebracht wird. Das Proletariat hofft darauf, daß die wachsende Unbill des Winters, die alle Leiden und Qualen der Armut verschärft, die Jehnstundenkämpfer endlich zu Paaren peitschen müsse. Weihnachten vor der Türe, das „Fest der Liebe“, das der kapitalistische Klassenhaß gegen die Ausgebeuteten in einen Tag besonderer Schmerzen und Trauer verwandeln möchte. Kein Spargroschen daheim, welcher eine kleine Gabe für die Lieben ermöglichen würde, welcher der Mutter erlaubte, ein armseliges Bäumchen zu schmücken. Dafür sicher harte Entbehrungen, vielleicht gar der Hunger als Gast. Und der 1. Januar mit seinen Anforderungen für Miete usw. vor der Türe. In richtiger Erkenntnis von der großen Bedeutung des Kampfes in Crimmitschau rüsten sich die Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern allerwärts, ihren Preiskämpfern nicht bloß reichlich Kriegsmunition zuzuführen, sondern ihnen auch ein Weihnachtsgeld zu bereiten, wie sie selbst es dank der kapitalistischen Ausbeutung noch nie zu feiern vermochten. Der starke und erfrischende Hauch brüderlicher Solidarität wird die Frauen und Männer in Crimmitschau, die Märtyrer und Helden zugleich sind, mit neuer Hoffnungszuversicht erfüllen, wird ihre Begeisterung lebendig wie am ersten Tage erhalten. Auf alle Rücken und Tüden der Ausbeuter, auf alle Rücken und Tüden ihres Polizeistaats antworten sie im Bewußtsein ihres guten Rechtes ruhig und fest mit dem alten, trostigen Kampflied:

„Und wenn die Welt voll Teufel war,
Und wollt uns gar verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr,
Es muß uns doch gelingen!“

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens.

Die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte in der Tabakindustrie von Gießen und Umgegend erhellt aus den nachfolgenden Ziffern, die dem Jahresbericht der hessischen Fabrikinspektion für 1902 entstammen. Es waren beschäftigt:

In der Stadt Gießen:

Im Jahre	Anzahl der Fabrikten	Männliche Arbeiter		Arbeiterinnen	
		erwachsene	Jugendliche	erwachsene	Jugendliche
1892	15	331	26	672	88
1894	16	379	40	648	86
1896	18	379	46	741	96
1898	19	365	35	746	98
1902	19	271	19	700	95

In der Umgebung von Gießen:

1892	21	156	19	669	106
1896	21	216	40	920	137
1898	33	369	32	1003	153
1901	34	146	29	978	163
1902	32	158	17	981	126

Die Zahl der erwachsenen und jugendlichen Arbeiterinnen ist mithin in Gießen und Umgegend gewachsen; besonders groß und auffällig ist die Zunahme, welche die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen der Tabakindustrie auf dem Lande erfahren hat. Was dagegen die Zahl der männlichen Arbeiter anbelangt, so ist sie nur auf dem Lande und für die erwachsenen um 9 gestiegen, sonst gesunken. Bemerkenswert ist der große Abstand zwischen der Zunahme männlicher und weiblicher Arbeitskräfte in den Jahren, in welchen die Arbeiterschaft der Tabakindustrie überhaupt gestiegen ist, so daß auf flotten Geschäftsgang geschlossen werden darf. Die Zahl der Arbeiterinnen ist dann unverhältnismäßig mehr in die Höhe gegangen, als die Ziffer der beschäftigten Männer. Dieser Umstand scheint darauf hinzudeuten, daß die Unternehmer bei starkem Bedarf von Arbeitskräften der „Gefahr“ einer Steigerung der Löhne durch möglichst zahlreiche Einstellung von Frauen zu begegnen suchten. Die starke Zunahme von Betrieben der Tabakindustrie in der Umgegend von Gießen und die große und wachsende Zahl der hier beschäftigten Arbeiterinnen erklären sich wohl aus dem gleichen Grunde. Es ist bekannt, wie verhängnisvoll die Arbeit in der Tabakindustrie den weiblichen Organismus beeinflusst, ganz besonders aber dann, wenn sie im Heim, unter den ungünstigsten Verhältnissen geleistet wird. Angesichts der steigenden Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in der Tabakindustrie ist es deshalb dringend nötig, daß die Arbeiterinnen sich zahlreich ihrer Gewerkschaft anschließen, um sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen, daß sie aber auch wirksamen gesetzlichen Schutz gegen die Ausbeutung fordern.

Auswüchse der Frauenarbeit. Die billige Arbeitskraft der Frau weiß sich der stetig auf steigenden Gewinn spekulierende Unternehmer immer mehr zunutze zu machen. Die Möglichkeit dazu gibt ihm wirtschaftlich: die Not und der Individualismus der Arbeiterinnen, gewerblich: die fortgesetzt verbesserte Maschinenteknik. Die Frau bemächtigte sich in der Folge Beschäftigungsarten, die ihrem weiblichen Wesen und ihrem Organismus durchaus nicht entsprechen, sondern sie in gesundheitliche und sittliche Gefahren bringt. Durch den Bundesrat mußte ja schon in Form von besonderen Bestimmungen für gewisse Fabrikationszweige, wie Spinnereien, Phosphorfabriken usw. Anordnungen getroffen werden, um Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen in etwas zu schützen, den Ausbeutungsgelüsten gar zu profitwütiger Unternehmer ein wenig Einhalt zu gebieten. So wenig wie diese bundesrätlichen Bestimmungen alle jene Gewerbe treffen, wo die Arbeit die Frau gesundheitlichen und sittlichen Gefahren aussetzt — wir erinnern zum Beispiel nur daran, daß in Bayern Frauen immer noch als Stein- und Mörtelträger verwendet werden — ebenso wenig treffen sie erst recht die vielerlei Beschäftigungsarten, die solche Gefahren für die Arbeiterinnen in sich bergen. Sie können das auch gar nicht, selbst wenn die Absicht bestände, dazwischen Schutzmaßnahmen zu treffen, weil solche gefährlichen Auswüchse der Frauenarbeit im Geheimen entstehen, fortwuchern und der Öffentlichkeit, manchmal selbst dem Fachmann nicht bekannt oder erst spät bekannt werden.

Solche Ausartungen der Frauenarbeit zeigen sich in letzter Zeit in bedenklicher Weise in Buchbindereien und Luxuspapierfabriken. Die täglich verbesserten, feinkonstruierten Maschinen lassen die Frauenarbeit dort immer mehr um sich greifen. Die Beschäftigung an der Heftmaschine ist für Arbeiterinnen schon gesundheitgefährlich, da der Fußtritt an der Maschine einen starken Rückschlag gibt, der den Unterleib des die Maschine Bedienenden stark erschüttert. Noch verwerflicher ist aber die Beschäftigung an Liegeldruckpressen, wenn — wie es sich jetzt einzubürgern scheint — Arbeiterinnen sogenannten „Liegedruck“ verrichten müssen. Als Erklärung für diesen Sachausdruck diene: Um bei schweren Pressungen großen und anhaltenden Druck erzeugen zu können, damit Konturen und Relief der Pressung gut hervortreten, muß der Presser den seitwärts an der Presse befindlichen Hebel erfassen, von einer kleinen Erhöhung der Presse abspringen und sich mit der ganzen Wucht des Körpers rücklings auf den Boden niederwerfen, auf dem zur Abschwächung des Falles eine Matratze liegt. So auf dem Boden liegend muß der Presser einige Augenblicke verweilen, um sodann diese Prozedur einige hundertmal am Tage zu wiederholen. Daß ein solches Hantieren für den weiblichen Organismus in den Zeiten der Menstruation, noch mehr aber in den Anfängen der Schwangerschaft — in späteren Perioden der Schwangerschaft würde sich diese Beschäftigungsart ja von selbst verbieten — große gesundheitliche Gefahren mit sich bringt, ist offensichtlich. Die gesetzgebenden Gewaltigen müßten Maßnahmen treffen, um derart gesundheitgefährlichen Auswüchsen der Frauenarbeit Einhalt zu gebieten; auch die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, daß Ihrige in der gleichen Richtung zu tun.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die niedrige Entlohnung der Korsettnäherinnen in Köln a. Rh. verdient tiefer gehängt zu werden. Bei Rosenberg & Herz ist ein Wochenverdienst von 5 bis 6 Mark für Mädchen von 16 bis 18 Jahren nichts Seltenes. Nur wenige ältere Arbeiterinnen bringen es auf einen Wochenlohn von 12 bis 15 Mark, vorausgesetzt dabei, daß sie jahrelang im Betrieb geschäftig haben, flottgehende Maschinen und die beste Arbeit erhalten. In anderen Betrieben der Branche ist der Verdienst gar nicht oder nicht viel besser. Mit 12 bis 15 Mark wöchentlich kann ein sparsames, häusliches Mädchen allenfalls existieren. Bei der teuren Lebenshaltung in Köln ist es jedoch ganz unmöglich, daß junge, alleinstehende Arbeiterinnen mit einem Verdienst von 5 bis 6 Mark ihren Unterhalt decken könnten. Die Lage junger Arbeiterinnen mit oben genanntem Lohne müßte zum Erbarmen, müßte ein steter Kampf mit der allerbittersten Not, mit dem nackten Hunger sein, wenn die Betroffenen nicht bei ihren Eltern oder sonstigen Anverwandten lebten. Trotz der spott niedrigen Entlohnung drängen sich die jungen Mädchen zur Korsettnäherie. Schmalwangig, bleichsüchtig kommen sie aus den Vororten, zum Teil per Eisenbahn, zur Arbeit. Ihre Mittagsmahlzeit besteht meist aus Butterbrot und dünnem Kaffee. Besonders traurig gestaltet sich in der genannten Fabrik die Lage der Korsettnäherinnen in der „Stillen Zeit“. Dann mäkeln die Aufseherinnen an der Arbeit herum, finden Fehler über Fehler heraus, die ein unbefangenes Auge nicht zu entdecken vermag, und reißen die aufgenähten Streifen wieder herunter. Da die Näherinnen im Akkord schaffen, geht die verlorene Zeit ja auf deren Kosten, und nicht sie allein, obendrein noch das verlorene

Garn, das die Arbeiterinnen aus ihrer Tasche zahlen müssen. Auch eine nette Gepflogenheit das, zugunsten der ausbeutenden Fabrikanten! Wenn diese Herren für das Garn aufkommen müßten, so würden die Aufseherinnen sich schön hüten, tadellose Streifen wieder abzureißen, aber da es auf Kosten der Näherinnen geht, lassen sie ihrem Belieben die Zügel schießen. Außer dem Garn muß jede Maschinennadel von den Arbeiterinnen gezahlt werden, und die Nadeln brechen oft, weil in der Regel alte, abgenützte Maschinen verwendet werden. Daß es an solchen Maschinen immer zu reparieren gibt, ist selbstverständlich. Für die Reparaturen ist ein einziger Arbeiter angestellt. Da in dem Betrieb mehr als 200 Arbeiterinnen schaffen, kann der Arbeiter unter Umständen nicht rasch genug allen an ihn herantretenden Anforderungen genügen. Die Arbeiterinnen, deren Maschine repariert werden muß, stehen dann herum, warten und warten, bis sie wieder weiterarbeiten können, und am Wochenschluß bringen sie vielleicht nur die Hälfte von dem länglichen Lohne nach Hause, auf den sie gerechnet hatten. Ein weiterer Übelstand ist, daß die Lohnauszahlung Montags erfolgt, wahrscheinlich um in väterlicher Fürsorge zu verhüten, daß die Arbeiterinnen über Sonntag ihren „Schlemmerlohn“ verjubeln. Die paar sauer verdienten Mark müßten bereits am Freitag ausgezahlt werden, damit die Näherinnen Samstags ihre Einkäufe besorgen könnten und Sonntags etwas im Hause hätten. So trifft es sich oft genug, daß der Tag, der ein Ruhe- und Sonnentag sein soll, Stunden der schwersten und schwärzesten Sorge bringt. Wie wenig bei den Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit der Näherinnen Rücksicht genommen wird, das zeigt ein Umstand. Es ist eine bekannte, von jedem Arzte bestätigte und verurteilte Tatsache, daß die vornübergebeugte Haltung beim Maschinennähen sehr ungesund ist, doppelt ungesund für junge Mädchen, die noch in der Entwicklung stehen. Damit unsere Korsettnäherinnen sowenig als möglich in die Versuchung geführt werden, diese ungesunde Haltung für einen kurzen Augenblick aufzugeben, die schmerzende Brust, den schmerzenden Rücken in bequemerer Stellung ausruhen zu lassen, hat der erfinderische Kopf der Unternehmer die Lehne an den Sizen abgeschafft. Über die Maschine geneigt, muß die Lohnflavin weiter schaffen. Daß sie raslos schuftet und schanz, dafür sorgt außerdem schon das Akkordsystem, bei dem jede kurze Paß eine Verminderung des Verdienstes zur Folge hat. Im Tageslohn stehen nur die Aufseherinnen, die kein Gefühl dafür zu haben scheinen, wie bitter es die Näherinnen am Lohne empfinden, wenn sie nicht weiterarbeiten können, weil sie auf Arbeit, Zutat usw. warten müssen. Ein weiterer schwer empfundener Mißstand. Bei Rosenberg & Herz steht eine Fabrikordnung in Kraft, welche jede Arbeiterin unterzeichnen muß. In derselben ist für jede neueintretende Arbeiterin die Hinterlegung einer Kaution von 10 Mark festgesetzt, des weiteren sechswöchige Kündigung. Wenn eine Arbeiterin die Kündigungsfrist nicht einhält, so geht sie ihrer Kaution verlustig. Diese Kaution ist eine Kette, welche die Näherinnen an den Betrieb fesselt, sie veranlaßt, wochenlang Arbeitsbedingungen zu ertragen, die sie vielleicht schon nach wenigen Tagen als höchst ungünstig erkannt haben, und denen sie sich möglichst bald entziehen möchten. Arbeitsverhältnisse, wie die geschilderten, haben natürlich entsprechend traurige Lebensverhältnisse zur Folge und sind einer Großstadt wie Köln unwürdig. Sie können nur dadurch verbessert werden, daß die Korsettnäherinnen die Wahrheit des Spruches begreifen: „Einigkeit macht stark“, daß sie, die einzeln zu schwach sind, bei ihren Herren höheren Lohn und vorteilhaftere Arbeitsbedingungen im allgemeinen durchzusehen, sich zusammenschließen, ihrer Gewerkschaftsorganisation beitreten und durch die Macht derselben ihre Interessen wahren. Des weiteren steht die Gründung eines allgemeinen Arbeiterinnenvereins bevor, der seine Mitglieder mit Wissen ausrüsten und an der Besserung ihrer Lage arbeiten wird. Wenn die Fabrikanten der Korsettindustrie mit organisierten aufgestellten Näherinnen rechnen müssen, werden sie es nicht mehr wagen, ihr Profitgelüste so schrankenlos, gewissenlos auf Kosten der ausgebeuteten Arbeiterinnen zu befriedigen, wie es leider heute noch der Fall ist. Wollen die Näherinnen den Feind im Erwerbssleben besiegen, so müssen sie zuerst den schlimmsten Feind in ihrem eigenen Innern überwinden: ihre Verständnislosigkeit, ihre Gleichgültigkeit gegen Aufklärung und Organisation.

Eine ehemalige Korsettnäherin.
Die niedrige Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte in der Porzellanindustrie bewirkt ein rasches Umsichgreifen der Frauenarbeit. In der Porzellanindustrie von Wunsiedel, Arzberg, Tirschenreuth und anderen Orten der Gegend ist die Zahl der verwendeten Arbeiterinnen stetig in Zunahme begriffen. Es gibt keine Branche, in der nicht Frauen und Mädchen beschäftigt würden. Frauen und Mädchen arbeiten in der Sieberei, Druckerei, Glasur, Malerei und am Brennofen, sie sind als Dekorarbeiterinnen, Sortiererinnen, Packerinnen tätig; überall, wo irgendwie die Verwendung

weiblicher Arbeitskräfte möglich ist, werden solche herangezogen. Niemand fragt danach, ob die verlangten Leistungen den weiblichen Organismus gefährden, die Gesundheit in kürzester Frist untergraben, wie dies zum Beispiel besonders bei der Arbeit am Brennofen der Fall ist. In der Hauptsache entscheidet nur ein Umstand über die Einstellung von Arbeiterinnen: der Hungerlohn, mit welchem diese sich abspießen lassen. Ein Hungerlohn im wirklichen Sinne des Wortes, denn er ist bedeutend geringer als der Verdienst der Arbeiter, welcher auch schon niedrig genug ist und für die meisten eine austömmliche Lebenshaltung ausschließt. In Arzberg, Hohenberg, Schönwald und anderen Orten wird der Durchschnittsverdienst der Porzellanarbeiter auf 12 bis 15 Mark in der Woche angegeben. Gewiß ein armseliger Lohn für einen Familienvater. Die Herren Unternehmer halten ihn jedoch offenbar noch für zu hoch. Sie stellen immer mehr Arbeiterinnen ein, die im Akkord bei elfstündiger Arbeitszeit 80 Pfennig, 1 Mark, 1,20 Mark pro Tag verdienen. Sehr flinke und geübte Arbeiterinnen sollen es auch auf einen Tagesverdienst von 1,50 Mark bringen. Aber um ihn zu erzielen, müssen sie sieberhaft darauf los schlagen und ihre Kräfte aufs äußerste anstrengen, ohne Rücksicht darauf, daß die Gesundheit dadurch in kurzer Zeit ruiniert wird. Die Unternehmer haben nur Augen für den fetten Profit, der aus der Verwendung weiblicher Arbeitskräfte herauspringt, sie sind blind für die Schädigungen, welche die kapitalistische Ausbeutung über die Frau verhängt. Von ihrer Einsicht ist keine Besserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen zu erhoffen. Eine solche muß von den ausgebeuteten Frauen und Mädchen selbst in Gemeinschaft mit ihren Berufs- und Klassengenossen erkämpft werden. Die gewerkschaftliche Organisation und die Gesetzgebung müssen die knechtende, verderbliche Macht des ausbeutenden Mammon beschränken und den Arbeiterinnen zu besserer Entlohnung und besseren Arbeitsbedingungen verhelfen. Um die Fahne des Verbandes und der Sozialdemokratie sich zu scharen und opferfreudig zu arbeiten, zu kämpfen, das sei auch die Lösung der Porzellanarbeiterinnen.

M. G.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Als zweite Assistentin der württembergischen Fabrikinspektion wurde Frl. Lina Weller angestellt. Die Dame war bisher Schriftführerin des Schwäbischen Frauenvereins und Vorsteherin der Wanderlochsurse, die dieser organisiert hat. Ihre Anstellung ist zunächst provisorisch erfolgt, wie die der drei männlichen Gehilfen ohne höhere Vorbildung, um welche der Stab der Gewerbeaufsichtsbeamten vermehrt worden ist. Ein Eisendreher aus einer Misch- und Knetmaschinenfabrik zu Cannstatt, ein Werkführer aus einer Holzwarenfabrik zu Laupheim und ein Mechaniker und Monteur aus einer elektrischen Werkstätte zu Stuttgart wurden auf die neugeschaffenen Posten berufen.

Frauenstimmrecht.

Das Frauenwahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Bundesstaaten hat die Sozialdemokratie abermals zusammen mit anderen Reformen zur Demokratisierung der Landtage im Reichstag gefordert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte einen Antrag ein, daß die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zusammengesetzt werden müssen, das allen großjährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts zustehen soll. Wird der „Verein für das Frauenstimmrecht“ — in der Tasche — noch länger das Märchen verbreiten, daß die Sozialdemokratie nur in der Theorie, nicht in der Praxis für die volle Gleichstellung der Geschlechter eintrete, und daß der bürgerliche Freisinn — in der Kammerdecke — der einzig berufene und verlässliche Vorkämpfer für das Frauenrecht sei?

Für das kommunale Frauenwahlrecht trat der sozialdemokratische Abgeordnete Klotz in der Kommission des württembergischen Landtags ein, welche den Entwurf eines neuen Gemeindeordnungsgesetzes berät. Klotz befürwortete die Wahlberechtigung der Einwohnergemeinde und betonte dabei ausdrücklich, daß auch den Frauen das Wahlrecht zuerkannt werden müsse. Sein entsprechender Antrag erhielt nur seine eigene Stimme. Auch die der Kommission angehörenden Volksparteiler stimmten gegen ihn. Und die Volkspartei repräsentiert noch den fortgeschrittensten Flügel der bürgerlichen Demokratie!

Alle für die Redaktion der „Gleichheit“ bestimmten Sendungen sind zu adressieren:

Frau Klara Zettin (Zundel)

Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.